



DAS REICHSBANNER

PUBLIKATIONSORGAN DES
REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD,
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

AUSGABE 2 - 2015



V.l.n.r.: Xavier Wasner, Okke Wismann, Mark Roewer.

Das Reichsbanner gedenkt der Opfer des KZ Neuengamme

Im Mai nahmen Vertreter des Hamburger Landesvorstands des Reichsbanners an der zentralen Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Hamburg und der damit verbundenen Befreiung des Konzentrationslagers Neuengamme durch die britische Armee teil. In der Halle des ehemaligen Klinkerwerks auf dem KZ-Gelände gedachten insgesamt über 1.000 Gäste der Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Allein im KZ Neuengamme wurden über 43.000 Menschen aller Nationen, unter ihnen auch Angehörige des Reichsbanners und Angehörige des Widerstands, ermordet. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Janusz Kahl, Überlebender und Vizepräsident der Vereinigung der ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme Amicale Internationale, sowie weitere internationale Gäste erinnerten an das Leid der Opfer und an die Geschichte dieses Ortes, der erst lange nach dem Kriegsende zu einer würdigen Gedenkstätte ausgestaltet wurde. Kahl erneuerte den Schwur der Überlebenden,

dass das Leiden und Sterben der NS-Opfer „nicht vergebens“ gewesen sein soll. Insgesamt konnte der Leiter der Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe, 54 ehemalige Häftlinge und 300 Angehörige als Ehrengäste zu dieser bewegenden Feierstunde begrüßen.

Nach der Feierstunde legten der Hamburger Senat, viele Parteien, Vereine und Verbände Kränze und Blumengestecke am Ehrenmal für die Opfer nieder, eingerahmt von den Fahnen der anwesenden Veteranenverbände, der Organisationen der ehemaligen Häftlinge sowie der Traditionsfahne des Hamburger Reichsbanners mit Trauerflor, welche sich während dieser Zeremonie im Gedenken und in Trauer senkten.

Der Verein dankt der Gedenkstätte KZ Neuengamme für die Einladung und wird auch in Zukunft der Opfer des Nationalsozialismus zum Jahrestag der Befreiung vor Ort gedenken. (xw)

Deutschland ist nicht Freital

Ein Kommentar von von Hassan Soilihi Mzé, Cornelius Zimmermann und Richard Wilhelm

Wer derzeit nach Sachsen schaut, könnte den Eindruck gewinnen, dass in diesem Bundesland der rasende Mob die Straßen beherrscht, und allein Hass, Ablehnung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in der öffentlichen Diskussion den Ton angeben. Spätestens seit die sogenannte PEGIDA-Bewegung aufgekommen und sich medial verfestigt hat, verbindet man deutschlandweit auch die Landeshauptstadt Dresden nicht zuerst mit der kulturellen Blütezeit des augusteischen Barock, mit Grünem Gewölbe oder Blauem Wunder, sondern mit „Montagspaziergängen“ und kruden Thesen vor der Kulisse der Semperoper von der „Lügenpresse“, der „BRD-GmbH“ und der „Macht der Rothschilds“. Wer Hoyerswerda (ebenfalls Sachsen) nach 1991 zu den Akten legen wollte, muss inzwischen wegen der menschenverachtend-unsäglichen Parolendrescherei und brennender Asylunterkünfte von Freital bis Meißen den Aktenschrank wieder öffnen.

Doch die Enthemmung, mit der Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung ausgelebt werden, ist nur ein Baustein, der das öffentliche Bild prägt. Denn auch in Sachsen gilt leider der alte Grundsatz: Gewalt erzeugt Gegengewalt. Gerade in Leipzig, das sich auch aus der Geschichte heraus begründet stets als gesellschaftlicher, kultureller aber auch politischer Gegenentwurf zur Residenzstadt Dresden verstand, droht die Stimmung zu kippen.

Traditionell wehrt sich die Leipziger Bürgerschaft mehrheitlich und engagiert gegen die Vereinnahmung ihrer Stadt durch rechtsradikale und rechtsextreme Kräfte. Sie tut es entschieden und sie tut es mit Erfolg, wie schon Mitte der 2000er Jahre der ehemalige NPD-Funktionär und aktive Rechtsextremist Christian Worch bei seinen Kundgebungsversuchen und geplanten Demonstrationmärschen immer wieder erfahren durfte. Das ist auch gut so, denn dieser zivilen Wehrhaftigkeit bedarf eine Demokratie, wenn sie den Extremisten begegnet.

Nicht gut hingegen ist, dass sich in ebendiese zivile Wehrhaftigkeit Kräfte einbringen, die kein Interesse an der friedlichen Konfliktlösung haben, sondern vielmehr die Lust an der Konflikteskalation pflegen. Denn ebenso traditionell, wie sich die Mehrheit der Leipziger Bürgerschaft gewaltlos gegen Umtriebe von Rechtsaußen wehrt, so leistet traditionell das verfestigte linksradikale und linksextreme Milieu der Stadt gewaltsamen Widerstand gegen alles, was nicht in dessen weltanschauliches Koordinatensystem passt. So richtet sich der Protest der gewaltbereiten Antifa, die innerhalb Sachsens in Leipzig ihre Hochburg hat, auch nicht nur gegen jene menschenverachtenden Parolen und Hetztiraden, die man von PEGIDA oder deren Leipziger Ableger LEGIDA hört, sondern auch

gegen jede staatliche Ordnung – seien es Behörden im Allgemeinen, sei es die Polizei im Besonderen.

Durch die angespannte Asylsituation im Freistaat hat sich die Lage in den letzten Monaten ungemein verschärft. Der Entgrenzung von Aggression in sozialen Netzwerken folgt die auf der Straße. Äußerst besorgniserregend dabei: Menschen wird das Menschsein aberkannt. Der Ton vor Asylunterkünften ist rau, nimmt weder Rücksicht auf Familien noch auf Kinder. Denjenigen, die vor Krieg und Verfolgung in der Heimat Schutz suchen, schlägt der blanke Hass entgegen. Hinter der übergreifenden Feindseligkeit tritt in der öffentlichen Wahrnehmung das Engagement derjenigen in den Hintergrund, die den Geist der Willkommenskultur nicht aufgegeben haben und sich nicht nur demonstrierend, sondern auch mit Taten aktiv und ehrenamtlich helfend den Asylgegnern in den Weg stellen.

Sie schaffen es auch deshalb nicht, besser sichtbar zu werden, weil linksextreme Kräfte, denen Gewalt durchaus probat scheint, um im Konflikt mit den Asylgegnern die Oberhand zu behalten, den Widerstand medial an sich reißen. Da werden die Innenstadt verwüstet, die Ausländerbehörde angegriffen, am Bundesverwaltungsgericht die Scheiben eingeschlagen, Gleisanlagen schwer beschädigt, Polizeiwagen in Brand gesteckt, Beamte – als „Bullenschweine“ verunglimpft – tätlich angegriffen.

Die beschämenden Geschehnisse in Sachsen gehen aber auch an der gesamten Bundesrepublik nicht spurlos vorbei. Folgt man allein der Medienberichterstattung, könnte man meinen, dass das Deutschland der gelassenen Willkommenskultur, der besonnenen Verwaltungsgerechtigkeit und gut organisierten Flüchtlingsunterkünften zwischen dem Freitaler Mob, Dortmunder Neonazis und Leipziger Autonomen aufgerieben wird.

Tatsächlich tobt durch die Kommentarspalten der digitalen Medien, durch soziale Medien und die Briefkästen öffentlicher Mandatsträger eine entfesselte Wut, die die öffentliche Wahrnehmung entscheidend prägt. Das allein zum Maßstab zu erklären, ist aber gefährlich: Schon immer konnte, wer die öffentliche Debatte bestimmt, auch politische Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Ein zweiter, ein kühler Blick auf das, was gerade passiert, ist deshalb nötig – nicht zuletzt auch, um festzuhalten, dass die Lage nicht so düster ist, wie sie zunächst scheint.

In kleinen Gruppen wurde eine ansprechende und informative Führung durch die Dauerausstellung gestaltet. Anhand der Biographie Eberts wurde den Schülerinnen und Schülern die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte von der Gründung des

In den überwiegenden Teilen Deutschlands, in großen und kleinen Städten und Gemeinden, in Frankfurt, Lübeck, Münster, Oldenburg, Schwerin oder Sindelfingen muss die Polizei nicht ausrücken, um Asylunterkünfte zu schützen, oder vor autonomen Rotten das Weite suchen. Hier wird diskutiert, geplant und ruhig in Stadtverwaltungen oder Gemeinderäten entschieden. Was zeigt das?

Die interessierte und weltoffene Zivilgesellschaft, die Meinung vertritt, sich aber Information nicht verschließt – kurzum das, was man vielleicht als aufgeklärtes Bürgertum im 21. Jahrhundert bezeichnen kann – braucht eine Stimme, muss aufstehen und sich vernehmlich zur Wehr setzen. Das ist auch keine Frage von linksliberaler, grüner oder bürgerlicher Haltung. Selbst der erzkonservative Gemeinderat einer schwäbischen Kleinstadt weiß, dass durch eine Erstaufnahmeeinrichtung vor Ort die Welt nicht untergehen wird. Er will keinen Mob auf seinen Straßen, sondern einen Entscheidungsprozess (nach Vorschrift und im Einklang mit den örtlichen Haushaltsvorschriften). Er will effiziente Verwaltung in geordneten Bahnen. Nicht mehr und auch nicht weniger.

Derzeit wird es als außergewöhnliche Nachricht empfunden, wenn aus einer deutschen Stadt berichtet wird, dass dort Asylsuchende ruhig, freundlich und ohne Aufhebens aufgenommen und beherbergt werden. Dabei geht viel zu oft unter, dass dies immer noch die gute Regel ist und sich die öffentliche Meinung – zunehmend auch nicht ungefährlich – von Wutbürgern und digitalen Trollen treiben lässt.

Das Reichsbanner will und wird seinen Beitrag dazu leisten, die Stimme der interessierten und weltoffenen Zivilgesellschaft, des aufgeklärten Bürgertums im 21. Jahrhundert zu stärken. Es ist die Stimme der Besonnenheit, der Toleranz und der Mäßigung. Deutschland ist mehrheitlich nicht Freital, sondern Oldenburg oder Freiburg.

Wie aber kann ein solcher aktiver Beitrag für die einzelnen Kameradinnen und Kameraden aussehen?

Allzu leicht ließe sich in der Debatte der Blick erwartungsvoll auf das staatliche Gewaltmonopol richten, in der Hoffnung, der Staat möge jede noch so brenzlige Situation befrieden, jeden Demonstrationzug schützen, jeden vermeintlich oder tatsächlich besorgten Bürger beruhigen. All das ist wichtig und muss von einem effektiven Rechtsstaat gewährleistet werden. Dem Einzelnen wird die Verantwortung dadurch aber nur teilweise genommen.

Wer die zugespitzte asylpolitische Debatte sinnvoll begleiten, sie insbesondere aber mitgestalten will, muss einen klaren Standpunkt entwickeln, bestenfalls auch verbreiten und verteidigen können. Dieser sollte sich auf Fakten und die rechtlichen Grundlagen unseres Landes, nicht zuletzt aber auf Vernunft und Empathie stützen. Artikel 16a des Grundgesetzes garantiert das Asylrecht, mit seinen Einschränkungen und Voraussetzungen, vor allem aber als Menschenrecht.

Das ist für uns als Reichsbanner Grundlage jeder Diskussion und jedes Streites in der Asylfrage. Das Grundgesetz garantiert Meinungs- und Religionsfreiheit, schützt die individuellen Freiheiten jedes Einzelnen umfassend, schützt vor Gewalt und Verfolgung. Das Grundgesetz manifestiert die Würde jedes Menschen, gleich ob Asylbewerber, Polizist oder Demonstrant. Ausgehend von diesem starken rechtlichen Fundament und der Überzeugung vom Wert umfassender rechtlicher Garantien für jeden Menschen in unserem Land, gilt es, diese wertvollen Errungenschaften immer wieder in der öffentlichen Auseinandersetzung wachzurufen.

Deutschland kann sich nach den leidvollen Erfahrungen einer gescheiterten Republik und zweier grausamer Diktaturen eines fortschrittlichen und überzeugenden Rechtsstandards rühmen, der selbst in Europa seinesgleichen sucht. In jedem Facebook-Chat, auf jeder Demonstration, in jedem Vier-Augen-Gespräch bleibt diese Erkenntnis wertvoll und ist entschieden zu vertreten.

Wir lassen dem Taten folgen: Viele Reichsbanner-Kameradinnen und -kameraden zeichnen sich durch politisches und gesellschaftliches Engagement in zahlreichen Vereinen aus, sie prägen ihre Stadtgesellschaft, Landkreise, letztlich das Miteinander in ihrem jeweiligen Bundesland. Daran knüpfen wir auch weiterhin an. Es ist richtig, dass wir als Reichsbanner Demonstrationen anmelden und begleiten, Spenden für Asylbewerber sammeln oder Patenschaften übernehmen, in Schulen gehen oder an die Wegbereiter unseres modernen Rechtsstaates erinnern. Vor allem aber müssen wir unsere Stimme erheben, offen widersprechen und auch dann die Menschenrechte in diesem Land argumentieren und verteidigen, wenn es allen anderen längst zu gefährlich, zu unpopulär oder zu unbequem scheint.

Eine demokratiepolitische Frage beschäftigt Dich und Du hast Lust, einen Beitrag dazu zu schreiben? Du findest, die Reichsbanner-Zeitung ist der richtige Ort, ihn zu veröffentlichen? Dann schick uns Deinen Artikel oder Kommentar (max. 5.000 Zeichen mit Leerzeichen). Wir versuchen ihn je nach Platz in der nächsten Ausgabe aufzunehmen.



V.l.n.r.: Diana Bäse, Lucas Koppehl und Hannes Schulz.

Konferenz über Bildungsarbeit

Um die Ausrichtung der zukünftigen Bildungsarbeit des Reichsbanners zu besprechen, kamen im Juni Mitglieder des Bundes- und der Landesverbände in Leipzig zusammen. Ergebnis ist die Erarbeitung eines Angebotes im Baukastensystem, welches die Gestaltung einzelner Unterrichtseinheiten sowie ein- und mehrtägige Veranstaltungen ermöglicht. In dessen Fokus steht die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Haltungen im Gegensatz zu Werten und Prinzipien einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Zunächst soll in den kommenden Monaten eine zweitägige Veranstaltung in Berlin zur Erprobung des Konzeptes vorbereitet werden.

Außerdem sollen die bereits bestehenden Angebote der einzelnen Gliederungen zukünftig stärker beworben werden. So bietet z.B. die Wanderausstellung des Reichsbanners auf 27 Tafeln einen Überblick über die Geschichte des Vereins und der Demokratie 1924–1933. Sie wird auf Anfrage beim Bundesverband kostenlos verliehen. Ebenfalls dokumentiert diese eine Dauerausstellung im Hamburger Kurt-Schumacher-Haus anhand von Exponaten in mehreren Schaukästen. Mit seinem Netzwerk von Referenten zur politischen und historischen Bildung bietet das Reichsbanner auch die Mitgestaltung von Vortragsveranstaltungen und Zeitzeugengesprächen an.

Aktivitäten der Landesverbände, wie z.B. die Förderung gemeinsamer Besuche von Bildungseinrichtungen und historischer Orte seitens des Landesverbandes Hessen ergänzen das Bildungsangebot. Dieses soll in seiner Gesamtheit zukünftig auf der Internetseite des Vereins detailliert mit Ansprechpartnern vorgestellt werden. (fk)

Friedrich-Ebert-Gedenkstätte besucht

Kürzlich besuchte der Landesverband Hessen mit den Klassen 9C und 9E der Karl-Rehbein-Schule Hanau die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

In kleinen Gruppen wurde eine ansprechende und informative Führung durch die Dauerausstellung gestaltet. Anhand der Biographie Eberts wurde den Schülerinnen und Schülern die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte von der Gründung des deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871 hin zur Weimarer Republik ermöglicht. Hierbei fanden sich schließlich zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die durch den Landesverband geförderte Veranstaltung wurde von Vorstandsmitglied Patrick Baier begleitet. Der Landesverband unterstützt regelmäßig die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit der Deutschen Geschichte und erwägt zu diesem Zweck nun eine engere inhaltliche Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte. (pb)

Schellackplatte übergeben

Der Landesverband Berlin-Brandenburg bekam im Juli dieses Jahres eine alte Schellackplatte überreicht, die einen bzw. den Reichsbanner-Marsch enthält. Das langjährige Berliner Sozialdemokrat Manfred Omankowsky war über einen Kontakt im Reichsbanner auf den Verein aufmerksam geworden. Interessiert konnte er zur Kenntnis nehmen, dass der Verein wieder aktiv ist, an einige Vorkommnisse des alten Reichsbanners vor 1933 konnte er sich noch erinnern. Daraufhin entschloss er sich, dem Verein die Platte zu vermachen. Das Liedstück ist bereits digitalisiert und kann über die Bundesgeschäftsstelle bezogen werden. (lk)

Gedenken des 20. Juli 1944 in Berlin

Am diesjährigen Gedenken des Stauffenberg-Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 in Berlin nahm traditionsgemäß eine Gruppe von Reichsbanner-Kameraden teil. Die Mitglieder aus fast allen Landesverbänden verfolgten die Gedenkzeremonie in der ehemaligen Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee, in der noch vor Kriegsende auch Mitglieder unseres Verbandes hingerichtet worden bzw. inhaftiert waren: Julius Leber, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach waren Teil des Widerstands gegen Hitler, den sie alle mit dem Leben bezahlten.

Während des abendlichen Gelöbnisses, das traditionell an diesem für die Bundeswehr historisch wichtigen Tag stattfindet, verfolgten die Gäste eine beeindruckende Rede des ehemaligen Ersten Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi. Er thematisierte vor dem Hintergrund des militärischen Widerstands gegen Hitler, welche Grenzen Befehl und Gehorsam hätten – sie aber keineswegs beliebig zu befolgen sind. Dohnanyi beeindruckte mit seinen Worten hierbei über Parteigrenzen hinweg. (lk)

Wiedereinweihung des Friedrich-Ebert-Denkmal in Kahla

Am 27. Februar 2015 wurde anlässlich seines 90. Todestages im thüringischen Kahla das Friedrich-Ebert-Denkmal wieder eingeweiht. Es ist dem großen Engagement der Kahlaer Bürger und Hans-Christian Schmidt zu verdanken, dass nach der Beseitigung des Denkmals 1933 durch die Nationalsozialisten Friedrich Ebert nun wieder geehrt werden kann. Der langjährige SPD-Stadtrat stieß bei der Suche nach Sponsoren und Unterstützern nicht nur bei der Friedrich-Ebert-Stiftung auf offene Ohren. Auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sicherte seine Mitwirkung und finanzielle Unterstützung umgehend zu. „Für uns war es eine Selbstverständlichkeit das Projekt zu unterstützen. Es ist gut, dass Friedrich Ebert wieder auf den Sockel gehoben wird, der ihm zusteht.“ erklärte Lucas Koppehl für den Bundesvorstand des Reichsbanners.

Bereits im Juli 1928 wurde in der thüringischen Porzellanstadt eine Kalksteinplatte mit dem Bildnis von Ebert durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingeweiht. Der damalige Bundesvorsitzende Otto Hörsig hielt die Weiherede.

Auch am vergangenen Freitag war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold durch den Bundesgeschäftsführer Lucas Koppehl und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen, Diana Bäse und Richard Wilhelm, vertreten.

Um 10 Uhr war ins Kahlaer Stadtmuseum eingeladen worden. Von dort aus ging es mit einer Stadtführung durch die historische Altstadt Kahlas, die bis zum Denkmal in der Heimbürgerstraße führte und mit der Wiedereinweihung und offiziellen Enthüllung des Denkmals durch die Bürgermeisterin Claudia Nissen-Roth und Dr. Paul Pasch von der Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen endete.

Gegen Mittag wurde der Festakt im Kahlaer Rathaus durch die Bürgermeisterin eröffnet. In seiner Festrede erinnerte Prof. Dr. Walter Mühlhausen von der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg an das Leben und politische Wirken des 1. Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Im Anschluss hielt Lucas Koppehl das Grußwort für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, stellte das gemeinsame Wirken des Verbandes und des Reichspräsidenten Ebert für die parlamentarische Demokratie, die Freiheit und für den Erhalt der Weimarer Republik dar und betonte in seinem Schlusswort, dass es auch heute der Wachsamkeit und des Engagements für unsere Demokratie dringend bedarf.



Die Kalksteinplatte am Friedrich-Ebert-Denkmal in Kahla.

Daher ist es unverzichtbar, sich die Geschichte vor Augen zu führen und zu erinnern. In Kahla kann nun wieder an einen überzeugten Republikaner und Sozialdemokraten erinnert und sein Andenken in Ehren gehalten werden. Ebert war von 1919 bis zu sein Tod erster Reichspräsident der Weimarer Republik. Seine Amtszeit war geprägt durch Aufstände von rechts und links gegen die Weimarer Republik, denen er jedoch stets entschlossen entgegentrat. (db)

Ehrenmitgliedschaften bestätigt

Neben Willi Polte, Hans Saalfeld, Helmut Schmidt, Henning Voscherau und Klaus Wowereit haben seit kurzem weitere prominente Personen ihre Ehrenmitgliedschaft im Reichsbanner bestätigt. Wir freuen uns sehr, Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Kurt Beck, Hans Eichel und Wolfgang Schneiderhan als Ehrenmitglieder unseres Vereins zählen zu dürfen. (Ik)



V.l.n.r.: Okke Wismann, Brigitte Alexander, Wolfgang Kopitzsch.

Dr. Fritz Solmitz – Leben und Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Am Mittwoch, den 8. April 2015, konnten Wolfgang Kopitzsch, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten und Beisitzer im Hamburger Landesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, und Herbert Diercks von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Frau Brigitte Alexander, Tochter des 1933 in Hamburger KZ Fuhlsbüttel von den Nazis ermordeten Lübecker Sozialdemokraten Fritz Solmitz, gemeinsam zu einer Podiumsdiskussion im Kurt-Schumacher-Haus begrüßen. Fritz Solmitz hatte u.a. mit dem Hamburger Reichsbannerkameraden Walter Schmedemann im Widerstand gegen den Nationalsozialismus eng zusammengearbeitet.

Herbert Diercks gab zunächst einen kurzen Abriss des Lebens und Wirkens von Fritz Solmitz und ging dabei vor allem auf dessen journalistische Tätigkeit als Mitarbeiter des „Lübecker Volksboten“ ein, wo er eng mit Julius Leber zusammenarbeitete und sich durch seine scharfe Kritik an den Nationalsozialisten deren Todfeindschaft zuzog. Fritz Solmitz wurde im KZ Fuhlsbüttel brutal misshandelt und schließlich im September 1933 tot in seiner Zelle aufgefunden.

Brigitte Alexander, Jahrgang 1929, berichtete von ihren Erinnerungen an ihren Vater und vom Überlebenskampf der jüdischen Familie Solmitz nach der Ermordung des Vaters 1933 in Deutschland. Dank eines Stipendiums

konnten ihre beiden älteren Brüder nach England ausreisen, sie selbst lebte mit ihrer Mutter in Berlin, bis die Familie mit Unterstützung einer Organisation amerikanischer Quäker 1938 in die USA auswandern konnte, wo Brigitte Alexander heute noch lebt.

Neben der Schilderung der Jahre im nationalsozialistischen Deutschland, welche die Familie nur durch absolute Zurückgezogenheit und Verzicht auf jedwede politische Äußerungen überstehen konnte, haben uns die Berichte von Brigitte Alexander über den Umgang mit der Geschichte ihres Vaters Fritz Solmitz im Familienkreis bewegt; ihre Mutter und ihre Brüder wollten in den USA wirklich neu beginnen und schwiegen daher über das Schicksal der Familie in Deutschland. Ihre Mutter reiste zwar 1962 nach Hamburg zum Prozess gegen den ehemaligen SS-Führer Dusenschön, der Fritz Solmitz auf bestialische Weise gefoltert und misshandelt hatte, musste dort aber erleben, dass die deutsche Justiz in der Nachkriegszeit noch eindeutig braun eingefärbt war, denn Dusenschön wurde freigesprochen – ein Skandalurteil.

Dusenschön war 1951 von einem französischen Militärgericht wegen der Beteiligung an Mordaktionen im besetzten Frankreich zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden, wurde allerdings bereits 1956 begnadigt. Er war 1944 SS-Obersturmbannführer und Bataillonskommandeur des II. Bataillons/3. Regiment der 2. SS-Panzerdivision "Das Reich". Angehöriger der SS war er seit 1931 gewesen, zunächst in Altona.

Ein Diskussionsteilnehmer konnte bestätigen, dass die meisten Hinterbliebenen von Opfern der NS-Diktatur über die schrecklichen Erlebnisse lange Zeit geschwiegen haben; seine Eltern, Kommunisten aus einem Hamburger Arbeiterviertel, waren ebenfalls Opfer der Nazis geworden.

Brigitte Alexander begann erst im Jahre 2000, nach dem Tod ihrer Mutter und ihrer Brüder, mit der Erforschung der Geschichte ihres Vaters und reist seitdem mehrmals jährlich nach Deutschland, um hier den Menschen, besonders der Jugend, von Fritz Solmitz und seinem Schicksal zu erzählen. In den Gedenkstätten Fuhlsbüttel und Neuengamme ist sie häufig zu Gast.

Zum Schluss der Diskussion überreichte der stellvertretende Landesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Okke Wismann, sein Bundesabzeichen zur Erinnerung, in Würdigung und als Dank für diesen bewegenden Abend an Brigitte Alexander. (xw)

Gf. Bundesvorstand: Johannes Kahrs, Dirk König, Cornelius Zimmermann, Sebastian Oppermann, Florian Kaiser, Hassan Soilihi Mzé

E-Mail: info@reichsbanner.de
Internetseite: www.reichsbanner.de

Anschrift: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin

Impressum

Das Reichsbanner, Publikationsorgan des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

V.i.S.d.P.: Hassan Soilihi Mzé, Lange Straße 4, 04103 Leipzig
Auflage: 500 Stück